

## **Steigenden Welthunger abmildern und Ernährungssicherheit gewährleisten**

Beschluss des Deutschlandrats am 03. April 2022 in Bayreuth

### **1. Das Leid der Menschen und der Wiederaufbau in der Ukraine stehen im Vordergrund**

Der vom russischen Präsidenten Putin initiierte völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine hat dramatische Folgen für die ukrainische Bevölkerung, aber auch weltweite Auswirkungen. Die dramatische Versorgungslage und die Bombardierung ukrainischer Städte zwingen Millionen Menschen zur Flucht und zum Verlassen ihrer Heimat. Gleichzeitig ist die Ukraine als „Kornkammer“ das Rückgrat für die Lebensmittelversorgung vieler Menschen – gerade in Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten. Neben den dramatischen Folgen des Krieges für die ukrainische Bevölkerung steigert sich damit die Gefahr des Welthungers.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass dieser Krieg umgehend beendet wird. Dies würde es auch den ukrainischen Landwirten wieder ermöglichen, ihrer wichtigen Arbeit nachzugehen und die eigene Nahrungsmittelgrundlage, aber auch wichtige Exportgüter wie Sonnenblumen, Mais und Weizen auf ihren Flächen anzubauen. Stattdessen sind neben der Frühlingsaussaat auch die Pflege der Winterkulturen und damit große Teile der diesjährigen Ernte in Gefahr. Für die Folgejahre drohen Ernteverluste in unvorhersehbarem Umfang. Durch die Sanktionen und das unklare Marktverhalten von Russland und Belarus ist die Nahrungs- und Düngemittelversorgung weiteren Turbulenzen ausgesetzt.

Es gilt, den Schaden für alle Beteiligten zu minimieren und trotz der sehr schwierigen und gefährlichen Situation in der Ukraine eine Bewirtschaftung der Flächen zu ermöglichen. Dazu müssen wir jederzeit bereit sein, der ukrainischen Landwirtschaft konkret helfen zu können. Die Europäische Union macht dies vor und will etwa mit Kraftstoffen helfen.

Die Junge Union Deutschlands fordert Unterstützungsleistungen für die ukrainische Land- und Ernährungswirtschaft wie Kraftstoffe und Technik, um die Nahrungsmittelerzeugung in der Ukraine schnellstmöglich wiederzubeleben.

### **2. Auswirkungen des Krieges auf die Welternährung und notwendige Maßnahmen**

Die indirekten Auswirkungen des Krieges, insbesondere auf die Welternährung, spüren die Ärmsten der Armen als Erstes und am einschneidendsten. Experten rechnen mit bis zu 100 Millionen weiteren Menschen, die zusätzlich unter Hunger leiden könnten. Deshalb müssen das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) und das Welternährungsprogramm schnell mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden, um sowohl die höheren Kosten zu kompensieren als auch die steigende Anzahl an bedürftigen Menschen kurzfristig versorgen zu können.

Durch den Ukrainekrieg wird die herausgehobene Stellung der Nahrungsmittelerzeugung wie unter einem Brennglas sichtbar. Wir müssen diesem zweiten Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen (SDG 2 - “Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern”) deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen. Dies unterstreicht auch der Vertragstext im Pariser Klimaschutzabkommen. Die Nahrungsmittelversorgung bleibt auch morgen eine Frage von Krieg und Frieden.

Eine Welt ohne Hunger kann nur durch offene Märkte, den Aufbau regionaler Ernährungssicherheit und durch eine ausgewogene Sozialpolitik erreicht werden. Die Herausforderungen des Klimawandels – laut Weltklimarat leben bereits heute bis zu 3,6 Milliarden Menschen in besonders vom Klimawandel gefährdeten Gebieten – und regionaler Konflikte machen deutlich, wie zentral ein freier Welthandel bei Lebensmitteln ist. Den Kampf gegen regionale Ernteaufschläge kann keine Weltregion für sich alleine gewinnen.

Der unter Bundesentwicklungsminister Gerd Müller forcierte Ansatz der Grünen Innovationszentren in Afrika zur Stärkung der dortigen ländlichen Räume, Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit muss intensiv vorangetrieben werden. Klimaresiliente Landwirtschaft kann so in vielen Ländern der Erde gestärkt werden und besonders Länder mit hohen Importabhängigkeiten bei Grundnahrungsmitteln sozialpolitisch stabilisieren. Im Mittelpunkt muss die aktive und langfristige Arbeit vor Ort stehen, um den Landwirten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Wissen und auch die gemeinsamen Institutionen bzw. Interessenvertretung an die Hand zu geben. Lebensmittelspenden müssen das letzte Mittel der Wahl bleiben. Die Fähigkeit, sich als Weltgemeinschaft in Notsituationen durch liquide Handelsströme gegenseitig zu helfen, muss aber zwingend weiter gestärkt werden.

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sich Landwirte durch die parallel explodierenden Düngemittelpreise gerade in ärmeren Ländern keinen Dünger mehr leisten können und die damit schon bestehende Importabhängigkeit bei Nahrungsmitteln noch weiter erhöht wird.

Die Junge Union Deutschlands fordert:

- die rasche und umfangreiche Aufstockung der deutschen Mittel für das UNHCR, das Welternährungsprogramm;
- ein forciertes Engagement für eine Welt ohne Hunger durch einen freien Welthandel, regionalisierte Landwirtschaft und umsichtige Sozialpolitik im Bereich der bezahlbaren Lebensmittelversorgung;
- eine deutliche Ausweitung der deutschen und europäischen Anstrengungen bei der Hilfe zur Selbsthilfe im Bereich der Nahrungsmittelerzeugung in Drittstaaten, insbesondere in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten (ODA-Mittel).

### **3. Lehren in Europa und Deutschland für die Ernährungssicherheit ziehen**

Die Europäische Union und Deutschland müssen ihre Ansätze in der Agrarpolitik überdenken. Dabei geht es keinesfalls um das Rückfallen in alte Maßnahmen und Rollen, sondern um Wege, die die Aufgaben von Klimaschutz, Biodiversitätserhalt und Ernährungssicherung miteinander vereinen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten nicht über das Angebot an Lebensmitteln in ihren Ernährungsgewohnheiten erzogen werden, sondern Politik und Erzeuger müssen sich am langfristigen Einkaufsverhalten der Verbraucher orientieren. Wenn Nahrungsmittel nicht aus heimischer Erzeugung verfügbar sind, wird nicht auf sie verzichtet, sondern sie werden importiert. Der Selbstversorgungsgrad für Nahrungsmittel liegt in Deutschland bei rund 88 Prozent. Bei Düngemitteln sind wir gerade bei Stickstoff und Phosphor auf Importe angewiesen.

Das rhetorische Gegeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft linker Politik muss überwunden werden. Es braucht eine nachhaltige Intensivierung auf allen landwirtschaftlichen Flächen der Europäischen Union sowie eine ökologische, konventionelle Landwirtschaft und deutliche Ertragssteigerungen in der ökologischen Landwirtschaft.

So muss die Ernährungssicherheit im Gunststandort Europa zwingender Bestandteil vom Green Deal, der Farm-to-Fork-Strategie und im EU-Maßnahmenpaket „Fit for 55“ sein. Bereits vorliegende Folgenabschätzungen renommierter Universitäten zur Versorgungssicherheit sind zu berücksichtigen und die Vorhaben entsprechend zu überarbeiten.

Es gilt, dem weiter fortlaufenden Flächenverbrauch in Deutschland und in der Welt mit Augenmaß zu begegnen. Jeder Hektar Boden, der heute verloren geht, wird künftigen Generationen fehlen. Dieser Herausforderung muss sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) stellen. Es gilt, den Landwirten und der gesamten Land- und Ernährungswirtschaft wirksame Unterstützungsangebote zu machen. Hierzu müssen verfügbare integrierte Lösungen genutzt und unterstützt werden, um bezahlbare Versorgungssicherheit im Einklang mit dem Umwelt- und Klimaschutz zu erreichen.

Neben bestehenden Möglichkeiten muss der Instrumentenkasten in der Landtechnik, der Digitalisierung aber auch bei neuen Züchtungsmethoden wie CRISPR/Cas ideologiefrei und auf wissenschaftlicher Grundlage weiterentwickelt werden. Diese Technologien sind sowohl der konventionellen als auch der ökologischen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, um nachhaltiger und ertragsstabiler zu produzieren und die jeweilige Vorteilhaftigkeit zu erhöhen.

Einseitigen Abstockungsfantasien in der Tierhaltung, pauschaler Ablehnung von Bioenergien oder marktfernen Angebotszielen im ökologischen Landbau erteilen wir eine klare Absage. Diese führen zu neuen Abhängigkeiten, einer Verlagerung der Wertschöpfung in Länder wie Spanien oder Rumänien, ohne das Einkaufsverhalten zu ändern oder dem Umwelt-, Klima- oder Tierschutz zu dienen. Dabei wird gerade in der aktuellen Situation explodierender Düngepreise der Wert von Wirtschaftsdüngern deutlich. Zwar müssen Verteilprobleme in einzelnen Regionen gelöst werden, eine flächendeckende Tierhaltung in ganz Deutschland ist jedoch für gute Nährstoffkreisläufe unverzichtbar.

Bereits heute müssen wir an die Ernteerträge von 2023 und darüber hinaus denken. In einer Situation hoher Düngepreise und unklarer Marktpreise für künftige Erträge geht die vorausschauende Düngeplanung für landwirtschaftliche Betriebe mit einem hohen Liquiditätsbedarf und hohen finanziellen Risiken einher. Ohne entsprechende politische Signale droht eine große Zurückhaltung bei Düngemittelbestellungen und damit bei der Düngemittelproduktion. Dies kann die weltweit knappe Versorgungslage und niedrigen Lagerbestände auch in den kommenden Jahren stark belasten. Es braucht daher Maßnahmen, die zu einer vorausschauenden Betriebsplanung, insbesondere im Bereich der Düngemittelbereitstellung, beitragen. Dazu müssen die Preisabsicherungsmechanismen und eine bessere Liquiditätsvorratshaltung gestärkt werden. Für den Fall eines tatsächlichen Gasmangels (in Folge eines Embargos oder eines Exportstopps Russlands) in Deutschland müssen zentrale Akteure der Ernährungswirtschaft wie Düngerhersteller und Molkereien frühzeitig als „geschützte Kunden“ gemäß Energiewirtschaftsgesetz eingestuft werden. Im Bereich der Düngung müssen Landwirten neue Instrumente eröffnet werden, um den Einsatz von altbewährten (Klee gras) und neuen (Biostimulanzien) Verfahren zu unterstützen.

Im Bereich Pflanzenschutzmittel (PSM) brauchen wir eine Modernisierung der Zulassungsverfahren. In den nächsten Jahren fallen Hunderte Wirkstoffe aus der Zulassung – ohne dass in angemessenem Umfang neue, biologische PSM zur Verfügung stehen. Eine verlängerte Zulassung und schnelle Neuzulassungen müssen mit einer Investitionsoffensive für zielgenauen Pflanzenschutzmitteleinsatz einhergehen. Wissenschaftlich ist es akzeptiert, dass durch zielgenaue Anwendungen über 70 Prozent der Mittel eingespart werden können, ohne dass es zu Einbußen bei Ertrag und Einkommen kommen muss.

Die Junge Union Deutschlands fordert:

- eine Neuausrichtung der EU-Maßnahmen zur Bezahlbarkeit von Lebensmitteln, einer hohen Versorgungssicherheit und Umwelt- und Klimaschutz;
- keine pauschalen Flächenstilllegungen, sondern marktorientierte Umweltanreiz-Programme, die Ernährungs- und Energieversorgung sowie Umwelt- und Klimaschutz vereinen;
- unbürokratische Lösungen, um die kurzfristigen kriegsbedingten Verwerfungen abzufedern, insbesondere bei der landwirtschaftlichen Nutzung von ökologischen Vorrangflächen, der Kennzeichnung von Lebensmitteln, um bereits produzierte Verpackungsmaterialien bei Warenknappheit, etwa von Sonnenblumenöl, weiternutzen zu können und der Berücksichtigung zentraler Akteure der Land- und Ernährungswirtschaft als „geschützte Kunden“ im Energiewirtschaftsgesetz zur verlässlichen Gasversorgung;
- Anreize für die kurzfristige Düngemittelproduktion, um Versorgungsengpässe in den kommenden Anbaujahren zu vermeiden (Strategische Reserve) sowie zeitnahe umfangreiche F&E- sowie Investitionsförderungen, um eine klimaneutrale Düngemittelerzeugung in Deutschland aufzubauen;
- die umgehende Ausweitung des Innovations- und Zukunfts-Förderprogramms der Bundesregierung, um Anreize zu setzen, den Einsatz von Dünge- und

Pflanzenschutzmittel mit technischen Lösungen rasch zu reduzieren – ohne Ernteerträge nennenswert reduzieren zu müssen;

- die Fortführung der Bundesförderung in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung im bisherigen Umfang;
- die sofortige Fortführung der Investitionsförderung für den Stallumbau zur Gewährleistung des Tierwohls, um eine Abwanderung der Tierhaltung aus Deutschland zu verhindern.